

Steffen Kröhnert
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Tel. 030 22324844
steffen.kroehnert@berlin-institut.org

Reiner Klingholz
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Tel. 030 22324845
reiner.klingholz@berlin-institut.org

Steffen Kröhnert, Reiner Klingholz

Emanzipation oder Kindergeld?

Version März 2008

Was die neue Familienpolitik Deutschlands von anderen europäischen Ländern gelernt hat

Dieser Beitrag beruht auf einem Aufsatz, der im Dezember 2005 in der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“ publiziert wurde. Beim vorliegenden Text handelt es sich um eine Bestandsaufnahme vom April 2008 mit aktuellen Daten, die eine Neubewertung der seinerzeit formulierten Erkenntnisse ermöglichen soll.

Die ursprüngliche Version des Beitrages findet sich unter folgender Quelle:
Kröhnert, Steffen/ Klingholz, Reiner (2005): Emanzipation oder Kindergeld? Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann. In: Sozialer Fortschritt (54), 12: 280-290.

Abstract

This analysis compares the social conditions for different fertility rates in the nations of Western Europe based upon a range of socio-economic indicators. It clearly shows that the traditionally negative correlation between wealth and social development on the one hand and fertility on the other no longer exists when a society has reached a certain level of development. Today, more children are born in the countries with the most advanced social systems in regard to gender equality. Based upon this result, we propose to discuss the problem of low-fertility countries from a different point of view. Neither child benefits nor other sources of financial aid seem to motivate people to have more children in modern industrial societies. Far more crucial is the equality of men and women within the society.

Diese Untersuchung vergleicht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die unterschiedlichen Kinderzahlen in westeuropäischen Nationen anhand einer Reihe sozioökonomischer Indikatoren. Es wird deutlich, dass ab einem bestimmten Niveau gesellschaftlicher Entwicklung der historisch zu beobachtende negative Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fortschritt einerseits und Geburtenraten andererseits nicht mehr gilt. Heute werden in jenen Ländern mehr Kinder geboren, die in Bezug auf die Gleichbehandlung der Geschlechter die modernsten Gesellschaftssysteme aufweisen. Auf Basis dieser Ergebnisse schlagen wir vor, das Problem nachwuchsarmer Länder aus einem neuen Blickwinkel zu diskutieren. Um Menschen in modernen Industriegesellschaften zu höheren Kinderzahlen zu motivieren, ist weniger die Höhe von Kindergeld und sonstigen Transferleistungen entscheidend. Ausschlaggebend scheint vielmehr die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft.

1. Geburtenrückgang und Bevölkerungspolitik in Europa

Schon vor einem Jahrhundert waren Bevölkerungspolitiker und -wissenschaftler in europäischen Ländern besorgt über zu geringe Geburtenraten. Besonders in undemokratischen Gesellschaften, deren Wirtschaft durch Personalverschleiß und deren Politik durch Kriege gleichermaßen Menschen „verbrauchten“, waren hohe Kinderzahlen gleichbedeutend mit ökonomischer und militärischer Macht. Im 20. Jahrhundert waren es vor allem europäische Diktaturen, die Versuche unternahmen, die Gebärfreudigkeit der weiblichen Einwohnerschaft zu erhöhen. Das faschistische Deutschland führte 1938 nicht nur das Mutterkreuz als Auszeichnung für kinderreiche Frauen ein. Es benutzte bevölkerungspolitische Argumente gleichzeitig, um Menschen ethnisch zu stigmatisieren und mit der These vom „Volk ohne Raum“ einen Angriffskrieg zu rechtfertigen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges saß in der alten Bundesrepublik der Schock über die nationalsozialistische Diktatur und den Missbrauch der Bevölkerungswissenschaft so tief, dass eine bevölkerungspolitische Diskussion für Jahrzehnte nicht stattfinden konnte. Die pronatalistische Politik staatssozialistischer Regime, von der DDR bis zum Rumänien des Diktators Nicolai Ceausescu, sorgte auch in den folgenden Jahrzehnten dafür, dass der Begriff „Bevölkerungspolitik“ mit dem Makel des Totalitären behaftet blieb.¹

¹ So verbot der rumänische Diktator Ceausescu 1967 Verhütung und Abtreibung und erreichte damit – für ein einziges Jahr – die Verdopplung der Geburtenrate. Die DDR-Regierung führte 1976 ein „Babyjahr mit vollem Lohnausgleich“ ein, um die ständigen Abwanderungsverluste des Landes zu kompensieren.

Bis Ende der 1960er Jahre war eine bevölkerungspolitische Diskussion in Deutschland auch nicht nötig, war doch der „Babyboom“ noch in vollem Gange. Es gab wenig Grund, daran zu zweifeln, dass „die Leute sowieso immer Kinder kriegen“ (Konrad Adenauer). In den 1970er Jahren fiel dann die Geburtenrate West-Deutschlands auf einen der niedrigsten Werte weltweit. Aber noch 1979, als die westdeutsche Geburtenrate bereits mehrere Jahre auf dem bis heute vorherrschenden, sehr niedrigen Niveau von 1,4 Kindern je Frau lag, erklärte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, es stehe dem Staat nicht zu, die Geburtenentwicklung beeinflussen zu wollen.² Die individuelle Entscheidung eines Paares für oder gegen ein Kind sei nicht zu hinterfragen, so Schmidt. Dass sowohl staatliches Nicht-Handeln als auch eine gut gemeinte aber in ihren Wirkungen kaum evaluierte Familienpolitik diese individuelle Entscheidung in Deutschland massiv beeinflusst, trat gegenüber der Furcht vor einem vermeintlich autoritären Staat in den Hintergrund.

Die Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen hat die Bevölkerungswissenschaft intensiv erforscht. Dabei wurden vor allem folgende Zusammenhänge herausgestellt:

1) Durch den Wegfall des familienbasierten Wirtschaftens in Bauern- oder Handwerkerfamilien und die Einführung von staatlichen Alterssicherungssystemen ist es ökonomisch nicht mehr sinnvoll, viele Kinder in die Welt zu setzen (Mackenroth 1953). Sie nützen weder als billige Arbeitskräfte im Familienbetrieb, noch sind sie für die Altersversorgung ihrer Eltern erforderlich. Unter den Bedingungen der Industriegesellschaft ist es sicherer und weniger aufwändig, durch sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit Rentenansprüche zu erwerben, als viele Kinder großzuziehen.

2) Mit wachsendem Bildungsstand von Frauen steigen die Opportunitätskosten der Kinder. Opportunitätskosten beziffern einen entgangenen Nutzen, der im vorliegenden Fall durch die Entscheidung für Kinder und gegen eigene Erwerbsarbeit entsteht (Becker 1960). Gleichzeitig ist das Erziehen von Kindern durch steigende Kosten für deren Ernährung, Kleidung, Betreuung und Ausbildung immer teurer geworden. Konnte sich Anfang des 20. Jahrhunderts schon ein 14-Jähriger bei Bauern oder in der Industrie verdingen und zum Familieneinkommen beitragen, muss heute von den Eltern häufig über zwanzig Jahre und mehr eine lange Schul- und Ausbildungsphase finanziert werden.

3) Schließlich sind auch die biografischen Optionen in einer modernen Gesellschaft ungleich größer als in der Agrar- oder frühen Industriegesellschaft (Birg 1987, Birg/ Flöthmann/ Reiter 1991). War damals die Heirat oft die einzig mögliche und akzeptierte Form, einem patriarchalischen Elternhaus oder dem Dienstbotendasein zu entrinnen, können junge Menschen heute zwischen verschiedenen Ausbildungen, Wohnorten und Partnerschaftsformen wählen. Die Familiengründung schränkt unter diesen Umständen die biografische Entscheidungsfreiheit ein oder tritt unter der „Konkurrenz der Genüsse“ in den Hintergrund.

Für die Erklärung der sinkenden Fertilität beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft sind diese Zusammenhänge belegbar und plausibel. Sie sind aber unseres Erachtens vor dem Hintergrund einer Diskreditierung aktiver Bevölkerungspolitik in Deutschland zu lange unhinterfragt geblieben. So war es möglich, dass Ursachen und langfristige Folgen der extrem

² Süddeutsche Zeitung. 3. August 1979: „Schmidt warnt vor Katastrophenstimmung wegen Geburtenrückgangs“.

niedrigen Fertilität hierzulande drei Jahrzehnte lang ignoriert werden konnten. Der Geburtenrückgang galt geradezu als Merkmal einer modernen Gesellschaft.

Zwei gängige Erklärungsansätze haben den sorglosen Umgang mit einem hohen Anteil Kinderloser und niedrigen Geburtenraten in Deutschland erleichtert und zur Konzeptionslosigkeit der Familienpolitik beigetragen:

a) Die Theorie vom demografisch-ökonomischen Paradoxon

Diese Annahme leitet sich unmittelbar aus der ökonomischen Theorie des Geburtenrückganges ab und lautet „je größer der Wohlstand, desto weniger Kinder“. Bis in die 1970er Jahre war eine solche negative Korrelation zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Kinderzahlen je Frau tatsächlich für alle Industrienationen und Entwicklungsländer nachzuweisen (Coale 1986).

Birg bezeichnet als demografisch-ökonomisches Paradoxon „...den Sachverhalt, dass sich die Menschen in den entwickelten Ländern, aber auch die wachsende Population des Mittelstandes in den Entwicklungs- und Schwellenländern, um so weniger Kinder leisten, je mehr sie sich auf Grund des seit Jahrzehnten steigenden Realeinkommens eigentlich leisten könnten.“ (Birg 2001, S. 42). Dieses Phänomen wird im Wesentlichen mit den steigenden Opportunitätskosten eigener Kinder unter den Bedingungen hoher Frauenerwerbsquoten³ und hoher beruflicher Qualifikation von Frauen erklärt. Für die Prosperität, Modernität, die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und die individuelle Gestaltbarkeit von Lebensverläufen muss demnach ein demografischer Preis bezahlt werden. Für Birg folgt der demografische Niedergang moderner Gesellschaften einer wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeit.

Tatsächlich verlief die Entwicklung der Frauenerwerbsquoten in allen westeuropäischen Ländern außer Irland in den 1970er und 1980er Jahren stetig aufwärts (Klammer/ Daly 2003) – ein Zeitraum, in dem alle diese Länder auch einen deutlichen Fertilitätsrückgang zu verzeichnen hatten (Abb. 1). Zwischen 1983 und 1992 war der Anstieg der Beschäftigtenzahlen in der EU – und damit ein Großteil des Wirtschaftswachstums – fast ausschließlich auf die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen zurückzuführen (Rubery/Smith/Turner 1996). Die steigende Frauenerwerbsquote hat den europäischen Wohlstand wachsen lassen und hat – so die Theorie des demografisch-ökonomische Paradoxon – gleichzeitig den demografischen Niedergang ausgelöst.

b) Die Theorie vom Wertewandel

Diese zweite Argumentation macht hauptsächlich normative Gründe für den Rückgang der Geburtenzahlen in modernen Gesellschaften verantwortlich. Da sich „Wertewandel“ aber je nach politischem Standpunkt sowohl als Modernisierung als auch als Werteverfall interpretieren lässt, entzündeten sich hieran bis heute bevölkerungs- und familienpolitische Kontroversen.

³ Die Frauenerwerbsquote bezeichnet denjenigen Anteil aller Frauen einer bestimmten Altersgruppe (häufig zwischen 15 und 65 Jahren – jedoch sind auch andere Altersabgrenzungen möglich), der einer Erwerbstätigkeit nachgeht bzw. eine solche sucht. Die Quote bezieht also erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Frauen gleichermaßen ein. Im Gegensatz dazu bezieht sich die Beschäftigungs- oder Erwerbstätigenquote nur auf die tatsächlich erwerbstätigen Personen ohne Berücksichtigung der Arbeitslosen.

Nach den Vorstellungen konservativer politischer oder religiöser Kreise leistet die moderne Gesellschaft einem Verfall traditioneller Werte Vorschub. Der Kapitalismus führe zu Egoismus, zu einer Auflösung der Geschlechterrollen und zum Verfall der Institution Ehe. Nur eine Rückkehr zu traditionellen Familienwerten könne den demografischen Niedergang aufhalten: „Die Bevölkerungsfrage entsteht, wenn die Summe der individuellen Lebenswünsche den überindividuellen Zusammenhang auflöst.“ Das schreibt etwa der Politikwissenschaftler Tilman Mayer und fasst zusammen: „Je älter geheiratet wird, je mehr geschieden wird, je urbaner gelebt wird, desto weniger Kinder wird es geben, desto älter wird die Gesellschaft, desto mehr wird die Gesellschaft Menschen von außen anwerben müssen.“ (Mayer 1999, S. 96)

Diese Besorgnis wird auch von kirchlicher Seite geteilt: „Nur die Stärkung der Familien, auch der Ehe als Bindung auf Lebenszeit, wird nach meiner Überzeugung einem weiteren demografischen Rückgang der Bevölkerung entgegen wirken können“, so Kardinal Karl Lehmann (Politische Studien 396, S. 10).

Eine gleich lautende These wird mit anderer Konnotation auch von liberalen und politisch links stehenden Meinungsführern vertreten. Hier ist dann nicht von Werteverfall, sondern von „Wertewandel“ die Rede. Unter dem Titel „Jeder hat das Recht zu leben wie er will“ wird die Entscheidung gegen eigene Kinder als Ausdruck einer neuen individuellen Freiheit betrachtet. Ein Zurück zu höheren Kinderzahlen kann nach dieser Vorstellung nur unter Aufgabe des Modells einer offenen, liberalen Gesellschaft erreicht werden. Von extremen Vertretern dieser Argumentationslinie wird jede Diskussion über eine mögliche Erhöhung der Kinderzahlen bis heute als neoliberal, sogar faschistisch zurückgewiesen, denn „Kinder werden nämlich als Privateigentum bzw. Humankapital ihrer Eltern betrachtet, das (im Hinblick auf die Rente) eine Rendite zu erbringen hat.“ (Butterwegge 2004, S. 282)

Beiden Denkansätzen, dem konservativen wie dem linken, liegen im Prinzip ähnliche Annahmen zugrunde: Dass nämlich die niedrige Geburtenrate in Deutschland eine zwangsläufige Folge einer liberalen bzw. marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung sei. Diese Auffassung führt im einen Fall zu einer Grundsatzkritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung, im anderen zu Gleichgültigkeit.⁴

Beide Argumente haben in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass die Möglichkeit der gesellschaftlichen Einflussnahme auf die Geburtenrate kaum objektiv diskutiert wurde. In der Politik herrschte lange die Auffassung, dass angesichts des demografisch-ökonomischen Paradoxons und des unausweichlichen Wertewandels ein demokratischer Staat keine Instrumente besitze, um die Geburtenzahl seiner Bevölkerung zu beeinflussen. Dies sei, wenn überhaupt, nur über massive Eingriffe in die individuelle Freiheit der Menschen möglich, weshalb man das Thema besser gar nicht erst diskutiere.

Diese Schlussfolgerung galt in Deutschland noch bis in die jüngere Vergangenheit. In dem 300-seitigen Abschlussbericht der Enquetekommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages, die zehn Jahre lang (1992 bis 2002) alle Phänomene der demografischen

⁴ Der Titel der Jahrestagung 2004 der Heinrich-Böll-Stiftung in Baden-Württemberg lautete „Wir werden älter, wir werden weniger – na und?“ Dieser Titel bringt sicher gut die Haltung nicht weniger, politisch links stehender Menschen zum demografischen Wandel und zu den geringen Kinderzahlen in Deutschland zum Ausdruck.

Veränderung untersucht hat, wird eine mögliche Erhöhung der Geburtenrate durch politische Maßnahmen an keiner Stelle thematisiert (Deutscher Bundestag 2002).

Über der Furcht vor einer reaktionären Politik ist in Deutschland völlig in Vergessenheit geraten, dass auch demokratische Länder eine lange Geschichte der Bevölkerungspolitik vorweisen können. In der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass die heutige französische Fertilitätsrate von zwei Kindern je Frau (2006) – eine der höchsten Europas – nicht allein auf aktuell gute Betreuungseinrichtungen für Kinder, sondern auf eine 60-jährige kontinuierliche Bevölkerungspolitik zurückzuführen ist. Bereits im Jahr 1939 hatte Frankreich mit dem „Code de la famille“ die erste moderne pronatalistische Bevölkerungspolitik in Kraft gesetzt (Kaufmann 2003). Diese hat im Laufe der Jahrzehnte auch die gesellschaftliche Einstellung zu Kindern und individuelle Kinderwünsche nachhaltig geprägt.

2. Westeuropa im Vergleich: Niedrige Geburtenziffern überall?

In Westeuropa existieren seit mehreren Jahrzehnten ähnlich hoch entwickelte Industriegesellschaften nebeneinander. Eine Konvergenz der Gesamtfertilitätsraten ist in diesen Ländern jedoch nicht zu beobachten (Abb. 1). Obwohl es sich um eine Region mit vergleichbaren ökonomischen Rahmenbedingungen handelt, reichen die Kinderzahlen je Frau (2006) von knapp 1,4 in Deutschland, Italien und Spanien bis etwa zwei in Island⁵ und Irland – immerhin ein Unterschied von 60 Prozent. Während sich die Kinderzahl je Frau in Italien seit Beginn der 1970er Jahre von 2,4 auf 1,35 fast halbiert hat, haben die Schweden lediglich einen Rückgang von 1,9 auf 1,8 erlebt (Abb. 1).

Zwar liegen in allen Ländern Westeuropas die Gesamtfertilitätsraten unter 2,1 Kindern je Frau, jenem Wert, der nötig wäre, um eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu garantieren. Aber die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern werden sich mittel- und langfristig deutlich auf die jeweilige Bevölkerungsentwicklung auswirken. Denn während sich in Ländern mit einer Gesamtfertilitätsrate von 1,7 und darüber die Bevölkerungszahl auch langfristig mit moderater Zuwanderung stabil halten lässt, werden die Bevölkerungen der Länder mit niedriger Fertilität wie Deutschland, Italien oder Spanien bereits in absehbarer Zeit durch die immer größer werdenden Überschüsse der Sterbefälle gegenüber den Geburten deutlich schrumpfen.⁶

Die demografische Forschung hat bisher keine dauerhafte Wirksamkeit einzelner pronatalistischer Maßnahmen der Politik nachweisen können (Bavagos/ Martin 2000). Dies zeigt jedoch nur, dass eindimensionale Versuche der Beeinflussung des Vermehrungsverhaltens, etwa durch Geburtenprämien oder andere finanzielle Vergünstigungen, gescheitert sind, und dass ein umfassenderer Blick auf das Phänomen niedriger Geburtenraten notwendig ist: „...any dis-

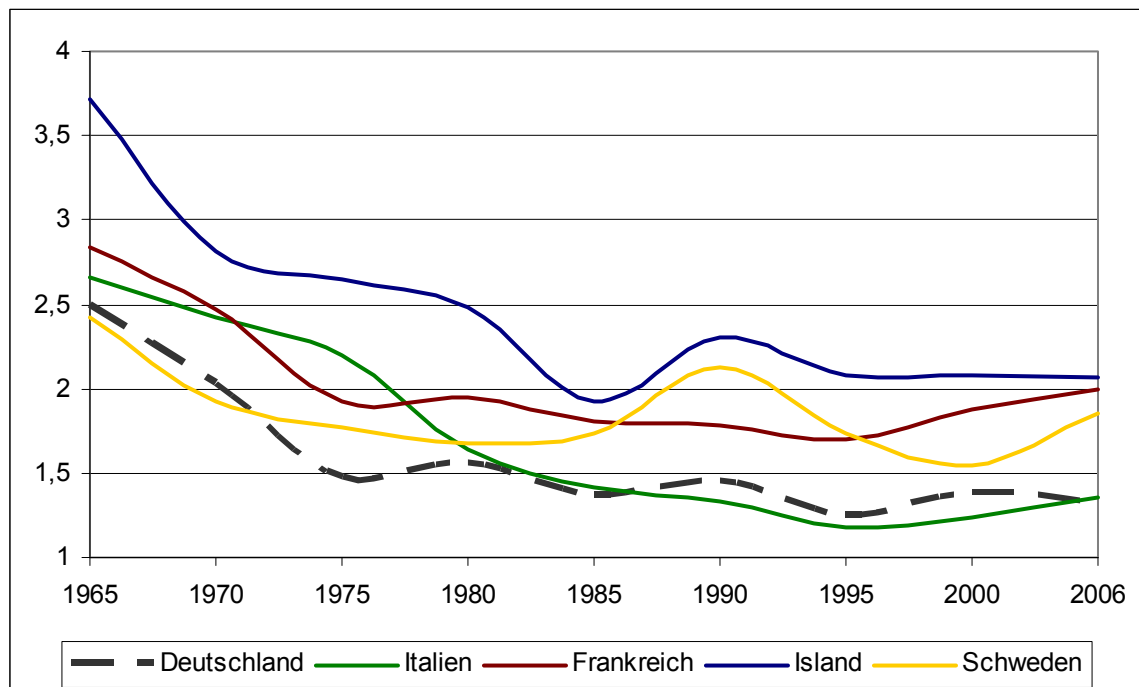
⁵ Obwohl es sich bei Island um eine kleine Nation mit lediglich 300.000 Einwohnern handelt, ist das Land bewusst mit in diese Untersuchung einbezogen worden. Island hat in den vergangenen Jahrzehnten eine bemerkenswerte wirtschaftliche und soziale Entwicklung erlebt und gehört heute zu den reichsten und modernsten Staaten der Erde. Dies zeigt sich auch an den für diese Untersuchung herangezogenen Indikatoren. Weil sich der Übergang von einer traditionellen zu einer sehr modernen Gesellschaft dabei ohne den häufig zu beobachtenden Einbruch der Fertilitätsrate auf Werte weit unterhalb des Ersatzniveaus vollzogen hat, ist die Entwicklung der isländischen Gesellschaft von besonderem Interesse.

⁶ Vgl. Bevölkerungsprognosen der nationalen statistischen Ämter, verfügbar über die Eurostat-Online-Datenbank. Während Deutschland, Italien, Spanien und Griechenland bis 2050 deutliche Bevölkerungsverluste erwarten, wird für Länder wie Frankreich, die Niederlande, Island, Irland und Norwegen ein weiteres Wachstum der Bevölkerung prognostiziert.

cussion of the impact of public policy on couples – and, more precisely, on fertility – requires a redefinition of the traditional approach to family policies. This is especially true in view of the increasingly blurred borderlines between family policy and other public policy domains (old age, employment, gender equality, etc.)” (Bavagos/ Martin 2000, S. 19).

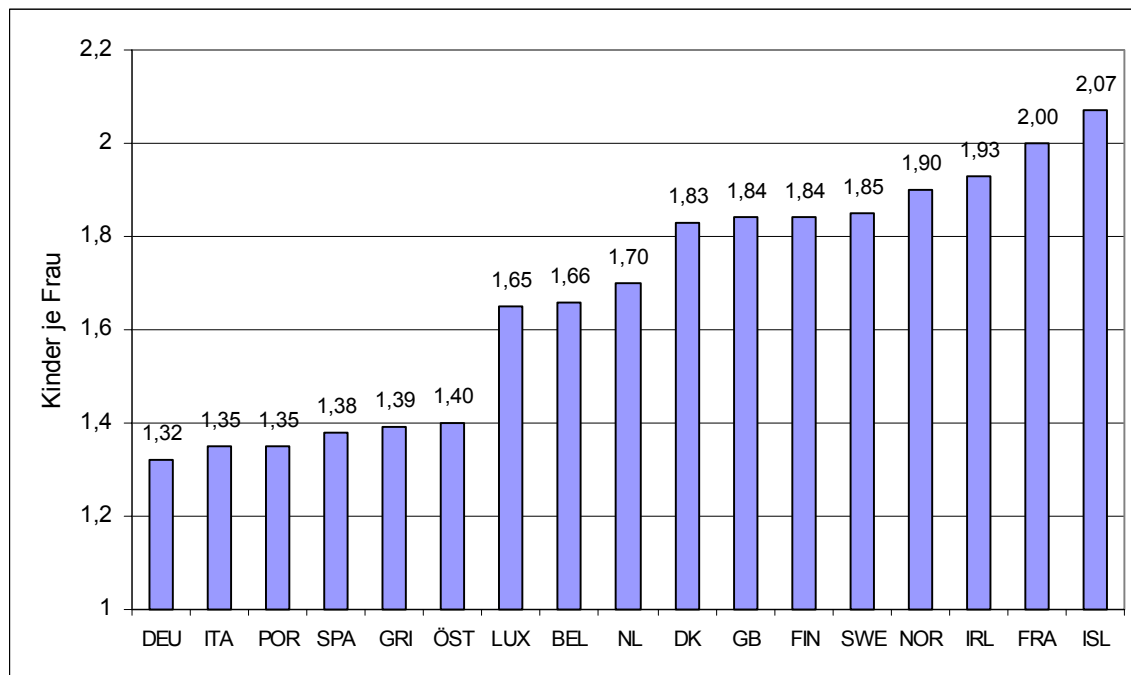
Unseres Erachtens ist belegbar, dass langfristig gesehen die politischen Rahmenbedingungen eines Landes – insbesondere in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter – nachhaltigen Einfluss auf die Geburtenraten nehmen. Im Folgenden werden wir anhand einer Makroanalyse verschiedener sozioökonomischer und demografischer Indikatoren belegen, dass nicht Modernität sondern ein Traditionalismus der Geschlechterrollen Ursache der spezifisch niedrigen Fertilitätsrate in Deutschland ist.

Abb. 1: Rückgang der Kinderzahlen je Frau in ausgewählten Ländern Europas (1965 bis 2006)



Quelle: Eurostat.

Abb. 2: Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) in Westeuropa (2006)



Quelle: Eurostat. Werte für Italien, Belgien und Island: Statistikamt Italien, Statistikamt Belgien, Statistikamt Island.

3. Je reicher eine Gesellschaft, desto weniger Kinder?

Nein – je größer der Wohlstand um so mehr Nachwuchs

Vergleichende Untersuchungen zeigen, dass Werte und Einstellungen junger Menschen zu Familie, Sexualität und Kindern heute europaweit kaum relevante regionale Abweichungen aufweisen (Bavagos/ Martin 2000). Wenn sich jedoch bei ähnlichen Einstellungen zu Familie und Kindern die tatsächlichen Kinderzahlen in den westeuropäischen Ländern stark voneinander unterscheiden, muss die Ursache für diese Diskrepanz in den verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen vermutet werden. Denn Opportunitätskosten, die bei der Familiengründung auftreten, seien sie nun ökonomischer oder biografischer Natur, werden vom Gesellschaftssystem entscheidend mitbestimmt. Und hier zeigt sich, dass sich ab einem bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstand der ursprünglich entgegengesetzt proportionale Zusammenhang zwischen Entwicklungsstand und Kinderzahlen umkehrt.

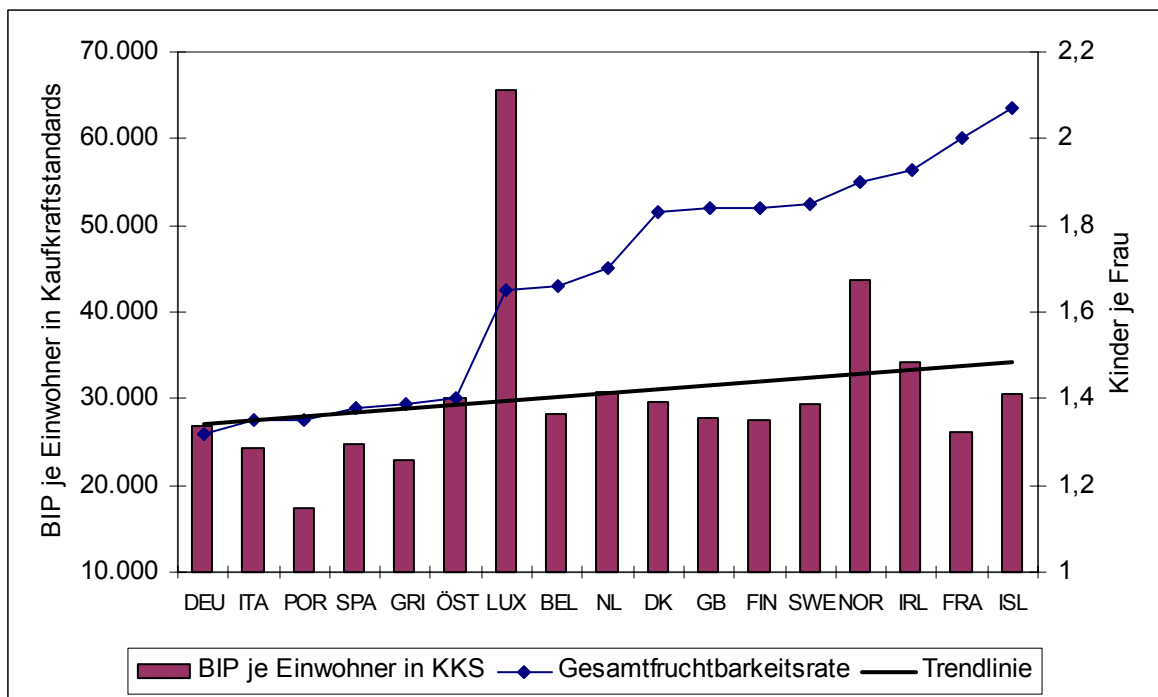
Die Auflösung des als „demografisch-ökonomisches Paradoxon“ beschriebenen Zusammenhangs zeichnete sich in Westeuropa bereits in den 1980er Jahren ab. Pinelli (1995) zeigte anhand einer Faktorenanalyse ökonomischer, kultureller und geschlechterbezogener Indikatoren (mit Daten bis ca. 1990), dass in westeuropäischen Ländern ein hoher sozioökonomischer Entwicklungsstand keineswegs zwangsläufig mit einer geringen Gesamtfertilitätsrate einhergeht: „In particular, we must abandon the idea that there is necessarily an inverse relationship between the level of fertility, on the one hand, and the level of a country’s modernization...“ (Pinelli 1995, S. 96).

Dieses Ergebnis kann heute, bei Kenntnis 20 weiterer Jahre gesellschaftlicher Entwicklung in Europa, in vollem Umfang bestätigt werden. Im Westen Europas ist ein ökonomisch-

demografisches Paradoxon nicht mehr nachzuweisen (Abb. 3). Das Wohlstandsniveau der einzelnen Länder (gemessen am kaufkraftkorrigierten Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner) korreliert positiv mit den Kinderzahlen. Die reicheren Länder Westeuropas wie Island (2,05 Kinder je Frau) oder Norwegen (1,90) haben deutlich höhere Kinderzahlen als ärmere wie Griechenland (1,39) oder Portugal (1,35).

Portugal, Spanien und Griechenland, Länder, die sich vergleichsweise spät modernisiert haben und noch heute in Bezug auf Wirtschaftsstruktur, Geschlechterverhältnis und die Rolle der Religion mehr der Tradition verhaftet sind als nördliche EU-Länder wie Norwegen und Schweden, verzeichnen deutlich niedrigere Kinderzahlen als solche, die sich sozial und wirtschaftlich früher und weiter entwickelt haben. Doch auch Irland und Island, die sich ökonomisch vergleichsweise spät modernisiert haben und heute die europaweit höchsten Kinderzahlen verzeichnen, liegen in ihrer Wirtschaftskraft längst deutlich vor Deutschland.

Abb. 3: Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftstandards je Einwohner) und Gesamtfertilität in Westeuropa (2006)



Korrelationskoeffizient BIP je Einwohner/ Gesamtfertilität = 0,27.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Werte der Gesamtfertilitätsrate für Italien, Belgien und Island: Statistikamt Italien, Statistikamt Belgien, Statistikamt Island.

4. Je mehr Frauen am Herd, desto mehr Nachwuchs?

Nein – berufstätige Frauen und Kinder sind kein Widerspruch

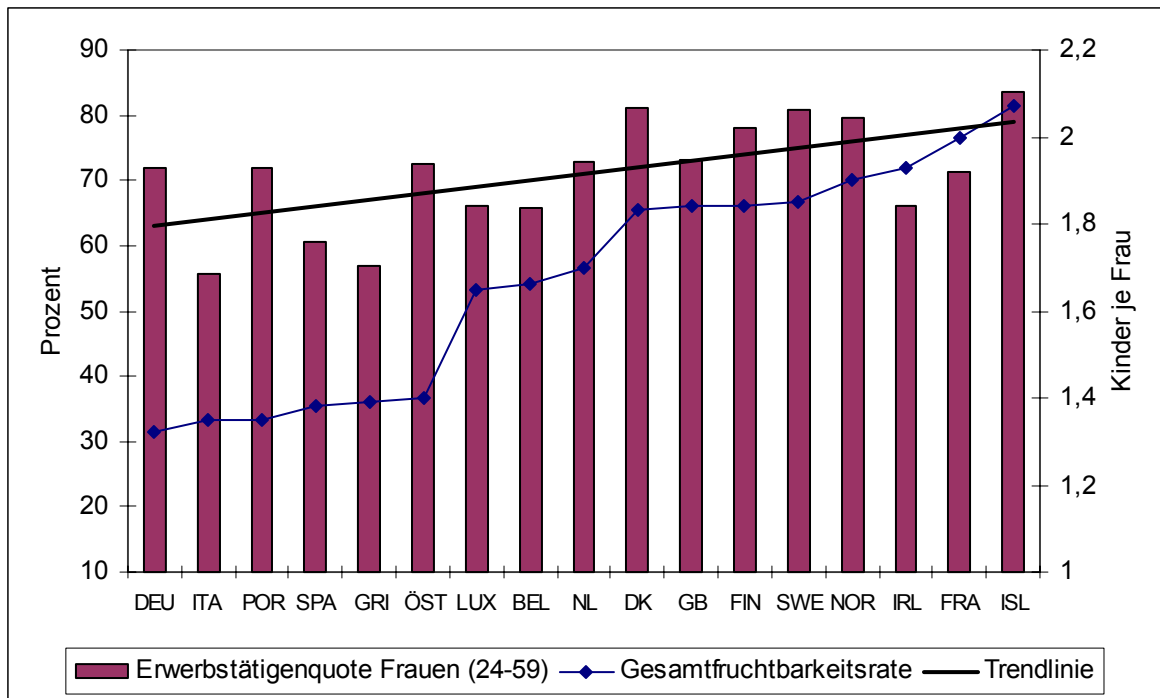
In Anlehnung an Beatrice Majnoni d'Intignano (zit. nach Veil 2004) kann man in Europa idealtypisch von drei Phasen der Entwicklung der Geburtenraten in Zusammenhang mit der Erwerbsbeteiligung von Frauen ausgehen:

1. Eine traditionelle Phase mit hoher Geburtenrate und geringer Frauenerwerbstätigkeit. Diese Phase endete in Deutschland Mitte der 1960er Jahre und fällt in die Zeit vor der Einführung moderner Verhütungsmittel.
2. Eine Phase mit steigender Frauenerwerbstätigkeit und sinkenden Geburtenraten. Diese Phase fällt in Deutschland in die 1970er Jahre. In den südeuropäischen Ländern dauert sie bis heute an.
3. Eine Phase des modernisierten Gesellschaftssystems mit einer stabilen hohen Frauenerwerbsbeteiligung und einer stabilen Fertilitätsrate.

Auf welchem Niveau sich die Fertilitätsrate stabilisiert, ist jedoch national sehr unterschiedlich. Während sich die Kinderzahl je Frau in Deutschland und Österreich schon früh auf dem sehr niedrigen Niveau von 1,4 eingependelt hat, scheint sich dieser Wert in Skandinavien oberhalb von 1,7, in Frankreich oberhalb von 1,9 stabilisiert zu haben (Abb. 1).

Der europäische Vergleich zeigt eine deutliche Korrelation zwischen dem Grad der Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Gesamtfertilitätsrate – was darauf hindeutet, dass die Möglichkeit, Kinder und Beruf zu vereinbaren, die Kinderfreundlichkeit einer Gesellschaft erhöht. Während Länder wie Spanien, Italien oder Griechenland, in denen weniger als 60 Prozent der 25- bis 59-jährigen Frauen erwerbstätig sind, auch die geringsten Geburtenraten verzeichnen, hat Island, wo mehr als 80 Prozent der 25- bis 59-jährigen Frauen im Beruf stehen, mit 2,05 Kindern je Frau die höchste Fertilitätsrate Europas (2,05). Aber es gibt auch Abweichungen vom Trend. So verzeichnen Deutschland und Österreich eine geringe Kinderzahl je Frau bei einer relativ hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen (Abb. 4). In Deutschland gründet diese Gleichzeitigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit auf dem großen Anteil kinderloser Frauen – mit geschätzten 29 Prozent (BIB 2004) ist dies der wahrscheinlich höchste Wert weltweit. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Kinder die berufliche Entwicklung deutscher Frauen besonders stark beeinträchtigen. Viele Frauen verzichten hierzulande lieber ganz auf Nachwuchs, als ihre berufliche Entwicklung einzuschränken.

Abb.4: Erwerbstätigenquote von Frauen (25 bis 59 Jahre) und Gesamtfertilität in Westeuropa (2006*)

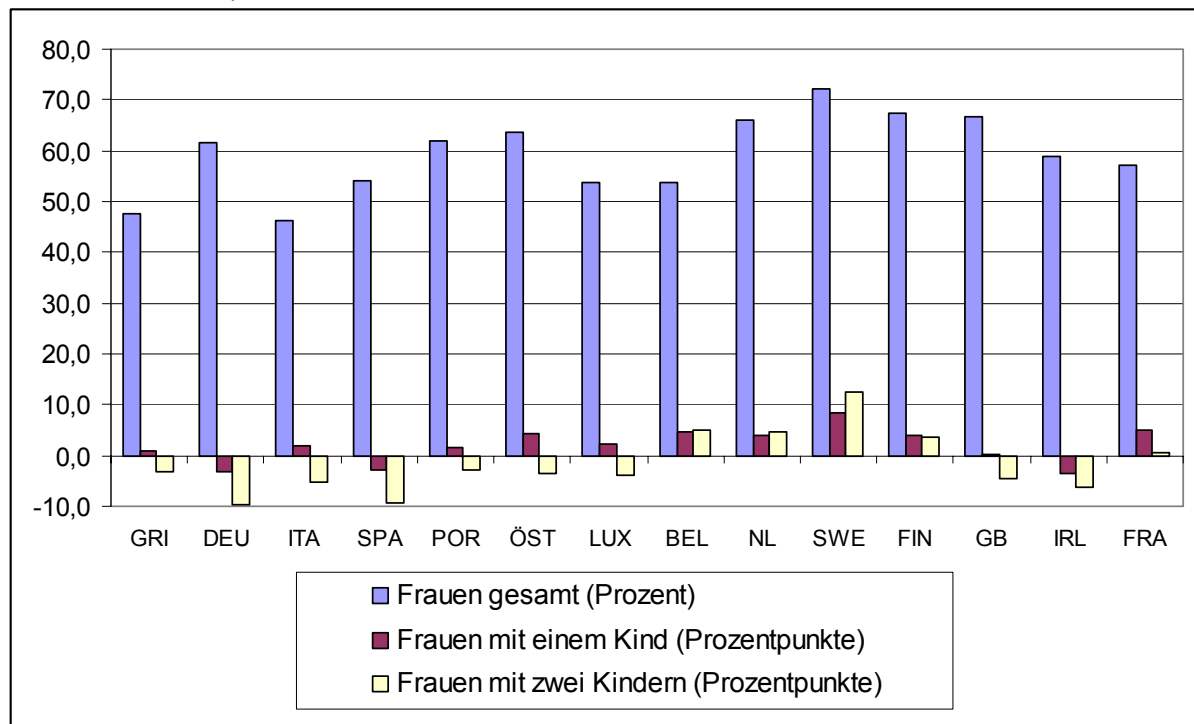


Korrelationskoeffizient Erwerbstätigenquote von Frauen/ Gesamtfertilität = 0,63.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Werte der Gesamfruchtbarkeitsrate für Italien, Belgien und Island: Statistikamt Italien, Statistikamt Belgien, Statistikamt Island.

Wie unterschiedlich gut es in Westeuropa möglich ist, Kinder und Beruf zu vereinbaren, wird auch an der Veränderung der Erwerbstätigkeit von Frauen sichtbar, wenn sie Kinder bekommen (Abb. 5). Während Frauen insgesamt im Jahr 2005 in Deutschland zu 61 Prozent erwerbstätig waren (wobei hier auch die geringe Erwerbsbeteiligung älterer Frauen mit eingeht) reduziert sich dieser Wert auf 58 Prozent, sobald das erste Kind da ist. Frauen, die zwei Kinder haben, sind nur noch zu 51,8 Prozent erwerbstätig. In keinem anderen westeuropäischen Land ziehen sich Frauen mit zwei Kindern derart häufig aus dem Erwerbsleben zurück. In den relativ kinderreichen Ländern Schweden, Finnland und Frankreich liegt die Erwerbstätigenquote von Müttern mit einem oder zwei Kindern hingegen gleichauf oder höher als die Gesamterwerbstätigenquote von Frauen. Selbst in Portugal, Österreich oder Italien geht die Erwerbsbeteiligung nur um drei bis fünf Prozentpunkte zurück, wenn Frauen ein oder zwei Kinder haben.

Abb. 5: Erwerbsbeteiligung (2005) von Frauen insgesamt (15-64 Jahre, in Prozent) und die Abweichung der Erwerbstätigenquote, wenn Frauen ein Kind, beziehungsweise zwei Kinder haben (in Prozentpunkten)



Quelle: OECD, eigene Berechnungen; die Anordnung der Länder erfolgt mit von links nach rechts steigender Gesamtfertilitätsrate

5. Lösen Kindergärten das Problem des Geburtenmangels?

Nein – Betreuungsangebote für Drei- bis Sechsjährige allein führen nicht zu mehr Kindern

Es ist unbestritten, dass Betreuungseinrichtungen für Kinder eine notwendige Voraussetzung dafür sind, Frauen überhaupt die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie zu ermöglichen. In Deutschland gibt es seit 1996 einen Rechtsanspruch auf eine – in der Regel halbtägige – Kinderbetreuung.⁷ Dieses Angebot ist jedoch in keiner Weise hinreichend und hat bis dato keinen nachweisbaren Einfluss auf die Geburtenraten (Hank/Kreyenfeld/ Spieß 2003). Offensichtlich müssen Mütter ihre Berufstätigkeit stark einschränken oder gar aufgeben, bis das Kind drei Jahre alt ist. Besonders für Frauen mit hohen Qualifikationen kommt dies einem beruflichen Abstieg gleich.

Es gibt denn auch in den westeuropäischen Ländern einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Anteil unter dreijähriger Kinder, die Betreuungseinrichtungen besuchen, und der Zahl der Kinder je Frau (Abb. 6). In vergleichsweise kinderreichen Ländern wie Frankreich be-

⁷ Seit 1996 gilt in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (BVerfG im Urteil zum § 218 StGB). Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes war, dass der Rechtsanspruch den Entschluss begünstigen sollte, ungeborenes Leben auszutragen. Gesetzlich verankert wurde der Anspruch im Achten Sozialgesetzbuch – SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), §24. Er gilt für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt und bezieht sich in der Regel auf einen Halbtagsplatz. Die Länder haben eigene – zum Teil unterschiedliche – Ausführungsbestimmungen dazu in ihren Ausführungsgesetzen zum Kinder- und Jugendhilfegesetz erlassen.

suchten (im Jahr 2004) 28, in Schweden 40 und in Dänemark sogar 62 Prozent aller Kinder unter drei Jahren eine Kindertagesstätte. In Deutschland liegt diese Quote wie in den anderen kinderarmen Ländern Italien⁸, Spanien oder Österreich bei zehn Prozent und darunter.

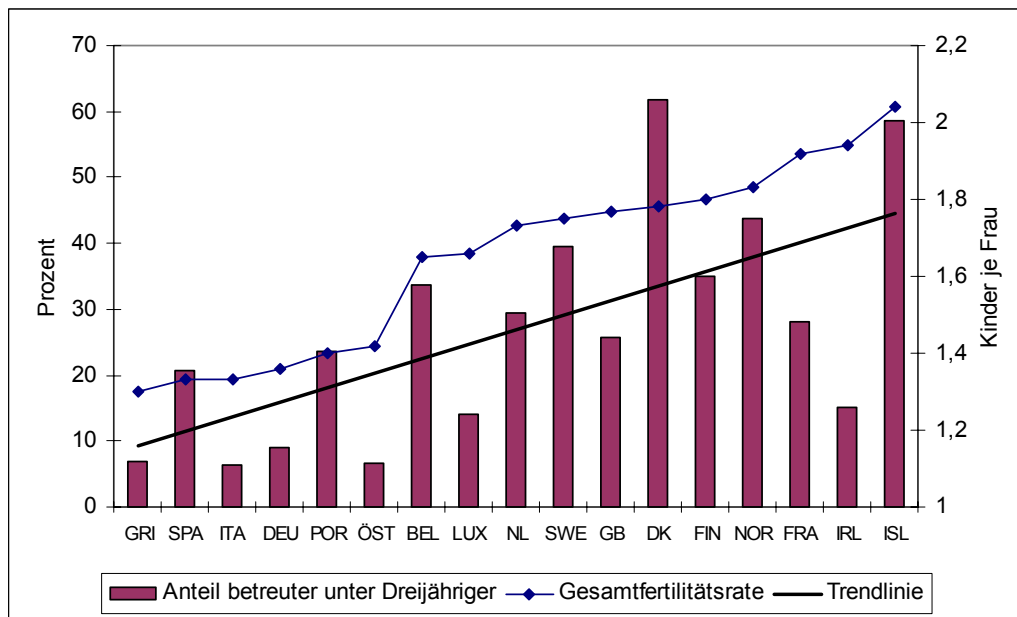
Doch auch dieses Angebot von Betreuungseinrichtungen ist allein nicht hinreichend. Nur wo ein gutes Betreuungsangebot auch auf eine gesellschaftliche Akzeptanz der außerfamiliären Betreuung von Kindern trifft, wird es Frauen tatsächlich möglich, Beruf und Familie zu vereinbaren (Knudsen/Wærness 2001). Und diese Akzeptanz ist politisch formbar. Die französische Familienpolitik hat über Jahrzehnte dazu beigetragen, dass ein Wertesystem entstanden ist, in dem erwerbstätige Mütter als Normalfall gelten. Ebenso normal ist es, auch kleine Kinder außerfamiliär betreuen zu lassen (Brossé-Verbiest/Wagner 2003).⁹

In Deutschland dagegen kollidieren berufliche Ambitionen von Frauen noch immer mit den gesellschaftlich vermittelten und verinnerlichten Ansprüchen nach individueller Kinderbetreuung durch die Mutter. Die Meinung, dass sich eine Berufstätigkeit der Mutter negativ auf deren Kinder auswirke, hat in Deutschland eine lange Tradition und fand in Westdeutschland noch bei einer Befragung im Jahr 1996 die höchste Bestätigung unter alle europäischen Ländern (Europäische Kommission 1996, S. 44). Beruf und Familie stehen deshalb für viele Frauen in einem Konkurrenzverhältnis. Mit dem Effekt, dass sie sich häufig gegen eine Familiengründung entscheiden.

⁸ Italien hat eine hohe Betreuungsquote bei Kindern im Vorschulalter, aber nur eine sehr geringe Versorgung mit Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige (Della Sala 2002).

⁹ Auch wenn Brosse-Verbiest/Wagner in Frankreich einen gesellschaftlichen und ökonomischen Druck zur schnellen Rückkehr in den Beruf und zur außerhäuslichen Kinderbetreuung ausmachen, spricht die hohe Fertilitätsrate Frankreichs dafür, dass die dortigen Lebensbedingungen den Bedürfnissen von Eltern besser entsprechen als in Deutschland, wo das „männliche Ernährermodell“ Frauen eher zur eigenen Kinderbetreuung drängt.

Abb. 6: Anteil von unter Dreijährigen, die in Kindertagesstätten betreut werden und Gesamtfertilität (2004)



Korrelationskoeffizient Anteil betreuter unter Dreijähriger/Gesamtfertilität = 0,69.

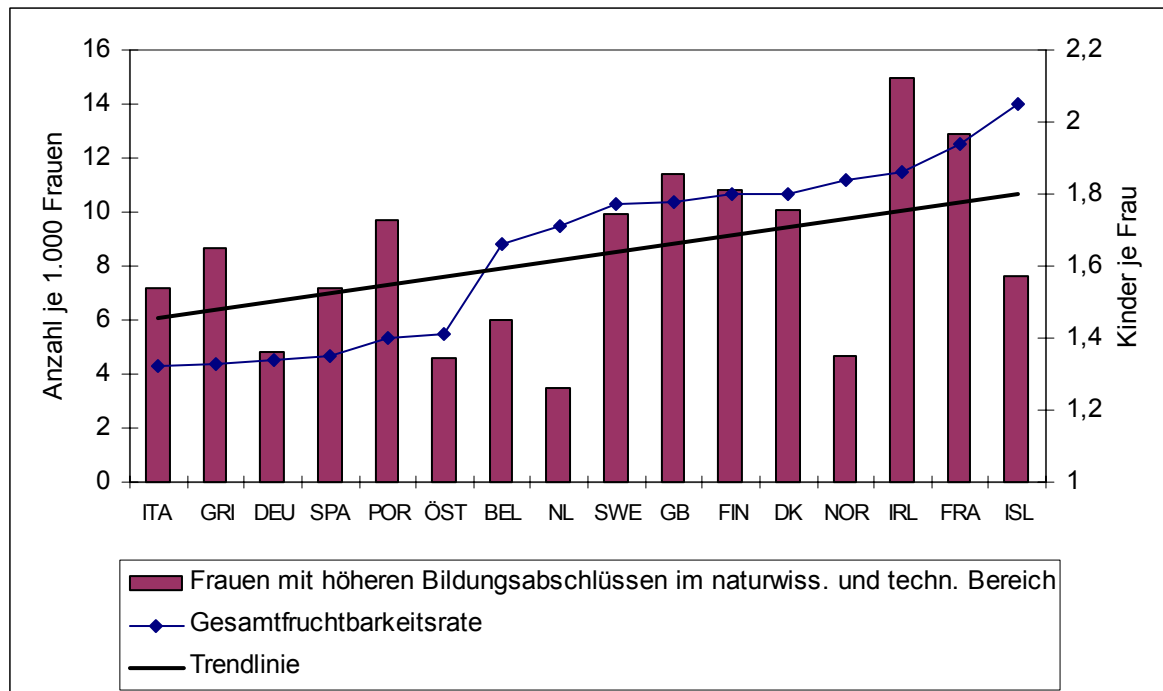
Quelle: Eurostat, OECD, eigene Berechnung. Werte der Gesamfruchtbarkeitsrate für Italien und Belgien: Statistikamt Italien, Statistikamt Belgien.

6. Sichert eine „traditionelle Aufgabenteilung“ der Geschlechter die natürliche Reproduktion der Bevölkerung?

Nein – wo Frauen und Männer gleichberechtigt sind, gibt es mehr Kinder

Die Theorie des demografisch-ökonomischen Paradoxons lässt vermuten, dass die Kinderzahlen sinken, wenn Frauen in ehemals von Männern dominierte, gut bezahlte Berufsbereiche vordringen. Die Realität belegt jedoch das Gegenteil. Die Gesamt-Hochschulabschlussquote von Frauen zeigt zunächst einen schwach negativen Zusammenhang mit den Fertilitätsraten der jeweiligen Länder (vgl. Tabelle im Anhang, Spalte n) Doch betrachtet man nicht die Hochschulabschlüsse insgesamt, sondern die Hochschulabschlüsse im naturwissenschaftlich-technischen Bereich als Indikator für das Vordringen der Frauen in gut bezahlte frühere Männerdomänen, so ist durchaus eine Tendenz erkennbar: Im kinderarmen Deutschland verfügen nur 4,8 von 1.000 Frauen zwischen 20 und 29 Jahren über einen solchen Abschluss. In Schweden liegt der Anteil bei 9,9, in Frankreich bei 12,9 je 1.000 Frauen (Abb. 7).

Abb. 7: Höhere Bildungsabschlüsse in Naturwissenschaft und Technik je 1.000 Frauen (20 bis 29 Jahre) und Gesamtfertilität (2005*)



* Keine Daten für Luxemburg.

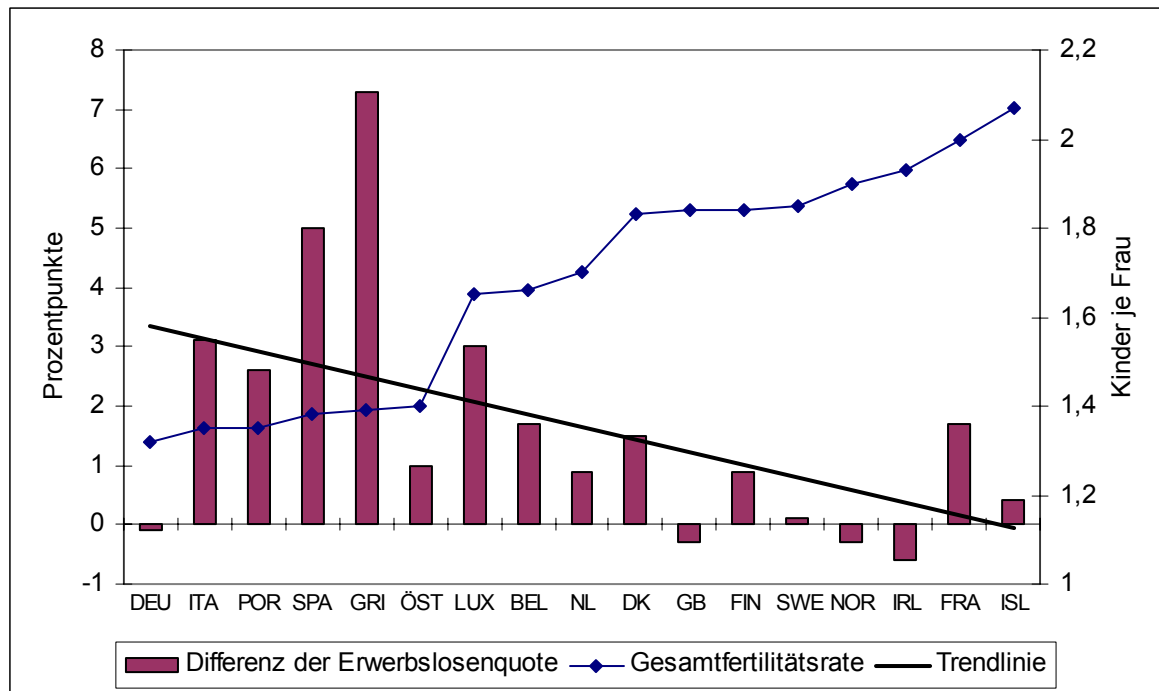
Korrelationskoeffizient Frauen mit höherem technischen Bildungsabschluss/ Gesamtfertilität = 0,40. Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Wert der Gesamfruchtbarkeitsrate Belgiens: Statistikamt Belgien.

Die Differenz zahlreicher ökonomischer Indikatoren für Männer und Frauen in einer Gesellschaft sagt etwas darüber aus, wie gleichberechtigt beide Geschlechter am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dies gilt etwa für die Differenz zwischen Männer- und Frauenerwerbslosigkeit und -erwerbstätigenquote. Generell gilt: Je größer die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, umso geringer die Kinderzahlen.

So liegt die Erwerbsbeteiligung von 25- bis 59-jährigen Frauen in den kinderarmen Ländern Spanien, Griechenland und Italien mehr als 25 Prozentpunkte niedriger als die der gleichaltrigen Männer. In Schweden beträgt diese „Geschlechter-Lücke“ nur sechs, in Finnland nur vier Prozentpunkte. Deutschland liegt mit einer Differenz von 11,6 Prozentpunkten im Mittelfeld (vgl. Tabelle im Anhang, Spalten f, g, h).

Gleiches gilt für die Arbeitslosigkeit (Abb. 8; Tabelle im Anhang, Spalten i,j,k). In Spanien und Griechenland sind Frauen (im Alter von 25 bis 49 Jahren) etwa doppelt so häufig erwerbslos wie ihre männlichen Kollegen. Insgesamt liegt in sieben von acht Ländern mit der geringsten Fertilität die Arbeitslosenquote der Frauen deutlich (mindestens einen Prozentpunkt) über jener der Männer, bei den neun Ländern mit höherer Fertilität ist dies nur in zwei Staaten (Frankreich und Dänemark) der Fall.

Abb. 8: Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten (Frauen – Männer, 25 bis 49 Jahre) in Prozentpunkten und Gesamtfertilität (2006)



Korrelationskoeffizient Differenz der Arbeitslosenquoten/ Gesamtfertilität = -0,57.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Werte der Gesamtfruchtbarkeitsrate für Italien, Belgien und Island: Statistikamt Italien, Statistikamt Belgien, Statistikamt Island.

7. Führen „traditionelle Familienstrukturen“ zu mehr Kindern?

Nein – Familie braucht keine Ehe

Rückläufige Kinderzahlen werden häufig mit einem „Werteverfall“ in der modernen Gesellschaft in Verbindung gebracht. Dort, wo sich Institutionen wie Ehe und Familie auflösen, wo Frauen Männerrollen übernehmen und eigene berufliche Wege gehen, bleiben – so die konservative Theorie – die Kinder auf der Strecke.

Schon melden sich konservative Kreise und religiöse Fundamentalisten zu Wort, die vor dem Aussterben der Menschheit warnen und Familienplanung und Frauenrechte als Ursache für den Kindermangel ausgemacht haben (Kröger/van Olst/Klingholz 2004). Doch existiert der unterstellte Zusammenhang zwischen traditionellen Familienstrukturen und hohen Kinderzahlen überhaupt?

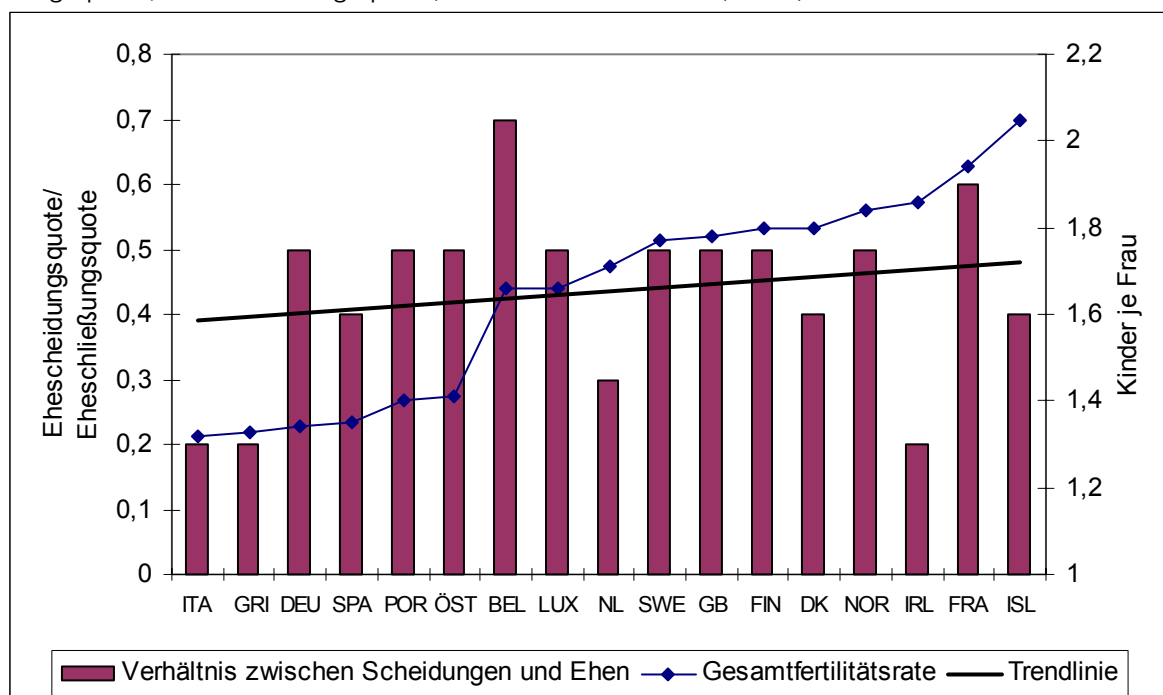
Zweifellos ist die Verbindlichkeit der Institution Ehe in den letzten Jahrzehnten gesunken, sind die Beziehungen zwischen Männern und Frauen unsicherer geworden. Immer mehr Menschen bleiben unverheiratet und auch jene, die eine Ehe eingehen, haben keine Garantie auf eine lebenslange Partnerschaft. Die Zahl der Ehescheidungen hat in den letzten Jahrzehnten europaweit zugenommen (BIB 2004).

Doch nichts deutet darauf hin, dass Gesellschaften mit stabileren Ehen auch höhere Kinderzahlen aufweisen. Nimmt man das Verhältnis von Scheidungen und Eheschließungen eines Jahres als Maß für die Stabilität von Ehen, so findet sich keineswegs ein negativer Zusammen-

hang zwischen der Scheidungshäufigkeit und der Kinderzahl je Frau. Klammert man Irland, wo bis 1996 Ehescheidungen noch illegal waren und das deshalb bis heute eine sehr niedrige Scheidungsrate aufweist, einmal aus, zeigt sich sogar eine positive Tendenz (Abb. 9). Während in den relativ kinderreichen westeuropäischen Ländern Frankreich und Norwegen im Jahr 2005 halb so viele Ehen geschieden wie neu geschlossen wurden, war es im kinderarmen Italien nur ein Fünftel.¹⁰

Der Grund für diesen zunächst verblüffenden Zusammenhang ist sicher nicht, dass instabile Beziehungen das Kinderkriegen begünstigen. Die Scheidungshäufigkeit ist vielmehr ein Indikator für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Wo Frauen die Möglichkeit haben, finanziell unabhängig von ihrem männlichen Partner zu existieren, steigt die Bedeutung der emotionalen gegenüber der juristisch fixierten und ökonomisch notwendigen Bindung. Dies trägt, gemeinsam mit der gesellschaftlichen Akzeptanz von Ehescheidungen, offenbar dazu bei, dass auch die Wahrscheinlichkeit, sich nach einer Eheschließung wieder zu trennen, steigt. Zu geringeren Kinderzahlen führt dies jedoch nicht. Denn in Gesellschaften, in denen Männer und Frauen gleichberechtigt im Berufsleben stehen, können Frauen mit Kindern sicher sein, dass sie auch nach einer Trennung finanziell abgesichert leben können.

Abb. 9: Verhältnis von Ehescheidungen und -schließungen je 1.000 Einwohner (Ehescheidungsquote/Eheschließungsquote) und Gesamtfertilität (2005)



Korrelationskoeffizient Verhältnis Ehescheidungen und -schließungen/ Gesamfruchtbarkeit = 0,23.
Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Wert der Gesamfruchtbarkeitsrate Belgiens: Statistikamt Belgien.

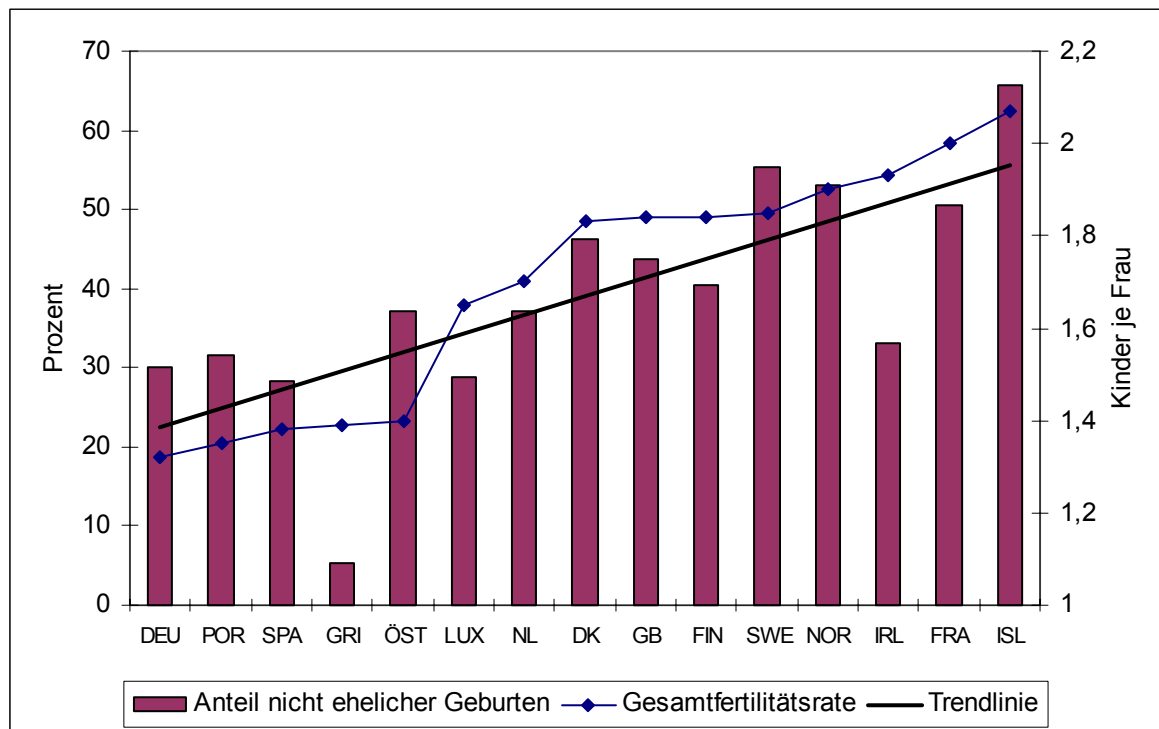
Dieser Zusammenhang lässt sich auch damit belegen, dass in Ländern mit einem höheren Anteil außerehelicher Geburten generell mehr Kinder zur Welt kommen (Abb. 10). In allen westeuropäischen Ländern, die eine Gesamtfertilitätsrate von mehr als 1,7 Kindern je Frau aufwei-

¹⁰ Die Tatsache, dass in Italien Paare häufig eine faktische Trennung bei formal weiter bestehender Ehe vollziehen (Wanrooij 2001) zeigt, dass die gesellschaftliche Stigmatisierung der Ehescheidung – die in Italien erst 1970 legal wurde – noch immer hoch ist.

sen, wird ein größerer Anteil aller Kinder außerhalb von Ehen geboren als in Deutschland. Der statistische Zusammenhang zwischen dem Anteil unehelicher Kinder und der Kinderzahl je Frau (0,81) ist sogar der deutlichste unter allen betrachteten Indikatoren. Länder wie Italien und Griechenland, in denen uneheliche Lebensgemeinschaften und uneheliche Kinder noch immer stigmatisiert sind und dementsprechend selten vorkommen, haben die geringsten Geburtenraten Westeuropas.

Kinderarme Gesellschaften wie Italien, Spanien, Deutschland oder Griechenland bevorzugen die Ehe häufig steuerlich oder versuchen, diese Institution als gesellschaftlichen Norm aufrecht zu erhalten. Solche Länder sorgen mit ihrer Chancenungleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt und der Zuweisung der Kinderbetreuung vor allem auf die Frauen auch dafür, dass der Kinder erziehende Elternteil finanziell abhängig von dem erwerbstätigen Partner wird. Da die emotionalen Ansprüche an Partnerschaften gestiegen sind und die Haltbarkeit der Bindungen abgenommen hat, gehen junge Menschen mit immer größeren Vorbehalten „endgültige“ Bindungen ein. Für Frauen bedeutet dies in den erwähnten Ländern häufig das Ende der finanziellen Unabhängigkeit. Für Männer die Verpflichtung, alleiniger Ernährer der Familie zu sein.

Abb. 10: Anteil nicht ehelicher Geburten und Gesamtfertilität in Westeuropa (2006*)



* Keine Werte für Belgien und Italien.

Korrelationskoeffizient Anteil nicht ehelicher Geburten/ Gesamtfertilität = 0,76.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Wert der Gesamtfruchtbarkeitsrate für Island: Statistikamt Island.

8. Kann die Gesellschaft Einfluss auf die Geburtenzahl nehmen?

Ja – aber Kindergeld allein macht keine Kinder

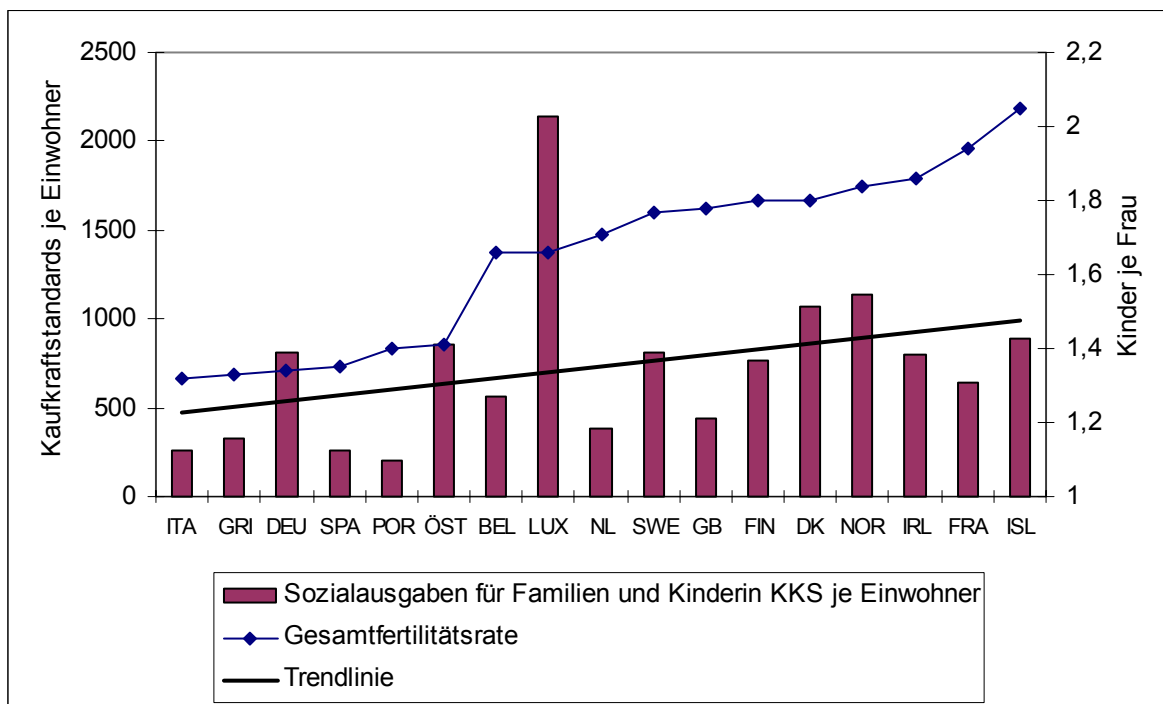
Der statistische Zusammenhang der Gesamtfertilitätsrate mit den Sozialausgaben für Familie und Kinder (gemessen in Kaufkraftparitäten je Einwohner) in Westeuropa ist mit 0,31 relativ schwach. Problematisch ist allerdings, dass die Sozialausgaben die unterschiedliche steuerli-

che Belastung von Familien mit Kindern nicht mit einbeziehen.¹¹ Eine Gesellschaft kann aber sehr wohl in Familienfreundlichkeit investieren. Sie muss es aber auf die richtige Art und Weise tun.

Deutschland leistet das offensichtlich nicht. Die deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie je Einwohner sind im europäischen Vergleich hoch. Dennoch ist Deutschland ein kinderarmes Land. Die Ursache dieser Diskrepanz sehen wir darin, dass die familienbezogenen Sozialausgaben Deutschlands im Zusammenhang mit dem deutschen Steuersystem noch immer auf die Förderung des „männlichen Ernährersmodells“ ausgerichtet sind (Dingeldey 2002).

Nirgendwo in Europa wird noch heute das Modell „allein verdienender Familienvater und nichterwerbstätige Ehefrau“ so stark steuerlich begünstigt wie in Deutschland (Rürup, Gruescu 2003). Das hiesige „Ehegattensplitting“ berechnet die Steuerschuld eines Ehepaares auf Basis des Gesamteinkommens beider Partner. Dabei ist die Steuerersparnis umso höher, je größer die Einkommensdifferenz zwischen den Partnern ist. Sie ist maximal, wenn einer der Partner überhaupt kein Einkommen erzielt. Dieses Steuersystem fördert den Rückzug von Ehefrauen aus dem Erwerbsleben, da es eine relativ hohe Schwelle für die Aufnahme einer zweiten Erwerbstätigkeit errichtet, ab der sich diese für ein Paar überhaupt lohnt (Dingeldey 2002).

Abb.11: Sozialausgaben für Familien und Kinder in Kaufkraftstandards je Einwohner und Gesamtfertilität (2005*)



*Wert der Sozialausgaben für Portugal von 2004.

Korrelationskoeffizient Sozialausgaben für Familien und Kinder/ Gesamtfertilität = 0,37.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Wert der Gesamtfruchtbarkeitsrate Belgiens: Statistikamt Belgien.

¹¹ Unter Sozialausgaben werden die den Empfängern (in diesem Fall Familien bzw. Kinder) bar oder als Waren und Dienstleistungen zugute kommenden Sozialleistungen einschließlich der Verwaltungskosten der Träger erfasst (Berière/ Fink 2000). In Bezug auf den Bereich Familie/Soziales beinhaltet dies i.d.R. direkte finanzielle Zuwendungen (wie Kindergeld oder Erziehungsgeld) sowie Ausgaben für Infrastruktur zur Kinderbetreuung.

Die Mehrheit der europäischen Länder hat heute individualisierte Steuersysteme – in Schweden, Finnland und Griechenland macht es überhaupt keinen steuerlichen Unterschied, ob der Familienvater (oder die -mutter) allein oder die Eltern gemeinsam für das Einkommen sorgen. Andere Länder (wie Frankreich) berechnen die Steuer auf Basis eines „Familiensplittings“, bei dem die Abgaben mit der Zahl der Kinder sinken.

Das deutsche System der Familienförderung ist dagegen traditionell auf eine Erhöhung des „Ernährerlohnes“ ausgerichtet. Das Kindergeld ist, nach Luxemburg, das zweithöchste Europas. Bis Ende 2006 gehörte die gesetzlich zugesicherte „Erziehungszeit“ in Deutschland mit 36 Monaten zu den längsten des Kontinents. Für 24 Monate zahlte der Staat nach Geburt eines Kindes zusätzlich zum Kindergeld ein einkommensabhängiges Erziehungsgeld, wenn ein Elternteil nicht voll arbeitet. Erst im Jahr 2007 wurde mit einer nur 12 bis 14 Monate währenden Elternzeit, in der ein Elterngeld von etwa zwei Drittel des letzten Einkommens bezogen werden kann, eine in skandinavischen Ländern bewährte Form der Elternförderung eingeführt.

Bisher flossen fast drei Viertel der deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie (71 Prozent) in reine Transferleistungen wie Kinder- und Erziehungsgeld (Rürup, Gruescu 2003). Kinderreichere Länder investieren hingegen einen sehr viel größeren Teil ihrer Sozialausgaben in Dienstleistungen, die beiden Elternteilen eine weitere Erwerbstätigkeit ermöglichen. In Frankreich waren dies 45, in Schweden 50 und in Dänemark sogar 59 Prozent der Sozialausgaben für Familie und Kinder (Rürup/ Gruescu 2003).

Und genau diese Leistungen scheinen sich positiv auf die Kinderzahlen auszuwirken: Denn erstens haben gerade qualifizierte Frauen häufig kein Interesse daran, nach der Geburt eines Kindes drei Jahre zu Hause zu bleiben, da dies eine Entwertung ihrer Qualifikationen bedeuten würde. Und zweitens reicht die steuerliche „Aufstockung“ des Ernährerlohnes einschließlich der kindbezogenen Vergünstigungen keinesfalls aus, um den erhöhten Bedarf für Kinder zu decken *und* den Verlust eines zweiten Einkommens zu kompensieren.

Der Effekt dieser jahrzehntelangen Praxis deutscher Familienpolitik ist offensichtlich: Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2005) belegt, dass im Westen Deutschlands noch im Jahr 2004 die befragten Familienväter zu 90 Prozent Haupternährer ihrer Familien waren, während sich die Frauen in erster Linie um Kinder und Haushalt kümmern.¹² Eindeutig ist auch, welche Folgen ein „Ausfall“ des Haupternährers unter den bisherigen Bedingungen hat: Alleinerziehende haben in Deutschland die höchste Sozialhilfequote aller Bevölkerungsgruppen. Mehr als ein Drittel aller Betroffenen (35,4 Prozent) ist auf Sozialhilfe angewiesen (Bundesregierung 2005). Dass Männer wie Frauen angesichts dieser Umstände lange zögern, sich auf das Abenteuer Kind einzulassen, ist leicht nachzuvollziehen.

Das im Jahr 2007 in Deutschland eingeführte Elterngeld kommt hier den Wünschen qualifizierter junger Frauen aber auch deren Partner nach einem kurzen, aber finanziell besser abgesicherten Babypause und einem raschen Wiedereinstieg in den Beruf weit besser entgegen. Das zeigt sich daran, dass die Gesamtfertilitätsrate Deutschland im Jahr 2007 auf 1,45 Kinder je Frau, den höchsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung, gestiegen ist und auch daran, dass zunehmend Väter von der Elternzeit Gebrauch machen.

¹² In Ostdeutschland trugen in etwa der Hälfte der Familien Frauen gleich viel oder mehr als der Mann zum Familieneinkommen bei.

Fazit

Der Rückgang der Geburtenraten auf niedrige Werte wie in Spanien, Griechenland oder Deutschland folgt keinem Naturgesetz. Er ist vielmehr die Konsequenz einer gesellschaftlichen Entwicklung, bei der die Emanzipation der Frauen eine wichtige Rolle spielt. Westeuropäische Frauen streben heute mehrheitlich nach eigener beruflicher Entwicklung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. In der jüngeren Generation wird dies immer wichtiger.¹³ Gleichwohl ist der Wunsch nach Kindern und Familie weiterhin vorhanden. Wenn aber Frauen (und ihre Partner) emanzipierter und „moderner“ sind als die Gesellschaft, in der sie leben, passen Kinderwunsch und Lebensentwürfe nicht mehr zusammen. Dort entscheiden sich Menschen immer häufiger gegen Kinder. Gesellschaften, in denen die neue Rolle der Frauen anerkannt und unterstützt wird, zeichnen sich hingegen durch relativ hohe Kinderzahlen aus.

Der vorliegende Vergleich europäischer Staaten will die Möglichkeiten staatlicher Einflussnahme auf die Fertilitätsrate in ein neues Licht setzen: Zum einen ist die hierzulande verbreitete Auffassung, nur autoritäre Staaten könnten eine pronatalistische Politik ausüben, offensichtlich falsch. Zum anderen führt die gesellschaftliche Entwicklung moderner Industrienationen nicht zwingend zu immer weniger Nachwuchs. Im Gegenteil sind gerade in modernen Gesellschaften mit einer hohen Gleichstellung der Geschlechter vergleichsweise hohe Kinderzahlen möglich.

Vor dem Hintergrund der Auswertung verschiedener sozioökonomischer und demografischer Indikatoren können unserer Auffassung nach folgende Maßnahmen dazu beitragen, die Kinderzahlen in Deutschland und anderen kinderarmen Gesellschaften Europas zu erhöhen:

- 1) Notwendige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von beruflicher Entwicklung beider Elternteile und einer Familiengründung ist die Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder bereits im 1. Lebensjahr sowie eine flächendeckende Ganztagsbetreuung während der Schulzeit. Nur so können berufstätige Eltern (so sie dies wünschen) bald nach Geburt eines Kindes in den Beruf zurückkehren ohne eine Entwertung ihrer Qualifikationen und den langfristigen Verlust eines Einkommens hinnehmen zu müssen.
- 2) Bei einem vorübergehenden Rückzug aus dem Beruf nach der Geburt eines Kindes scheint es sinnvoll, diese Phase nur für kurze Zeit finanziell zu fördern – dafür aber in Höhe eines tatsächlichen Lohnersatzes. Das neue Elterngeld ist ein Schritt genau in diese Richtung. Gleichzeitig sollte wesentlich mehr Geld in Dienstleistungen fließen, die eine Erwerbstätigkeit beider Partner auch mit Kindern ermöglichen. Dazu zählt neben der Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen auch die Finanzierung von Tagesmüttern oder Haushaltshilfen.
- 3) Die Verantwortlichkeit der männlichen Partner für die Kinderbetreuung sollte gefördert werden. Denn zur Gleichberechtigung der Geschlechter gehört auch eine partnerschaftliche Teilung von Lasten und Verantwortung bei der Nachwuchspflege. Dazu sollten Anreize für Vä-

¹³ In einer europäischen Befragung zum Thema Gleichstellung von Mann und Frau (1996) stimmten 71 Prozent der 15- bis 24-jährigen Frauen der Aussage zu, dass ein eigenes Einkommen für eine Frau ein „Muss“ sei. Bei den über 55-jährigen Frauen lag die Zustimmung noch um 10,5 Prozentpunkte niedriger (Europäische Kommission 1996, S. 39)

ter gesetzt werden, vorübergehend beruflich zu pausieren und einen Teil der staatlich finanzierten Elternzeit zu übernehmen. Derartige Maßnahmen sind beispielsweise in Schweden üblich. Dort verfällt die öffentliche Beihilfe in der Elternzeit sogar, wenn sie vom Vater nicht in Anspruch genommen wird. Auch in diesem Punkt geht die neue Familienpolitik den richtigen Weg.

4) Das Steuersystem sollte zugunsten von Familien reformiert werden. Als Besteuerungsgrundlage sollte einzig die Zahl der Kinder und nicht der Status der Partnerschaft herangezogen werden. Nur eine deutliche steuerliche Entlastung von Familien bei Erwerbstätigkeit beider Partner kann die gegenwärtige finanzielle Benachteiligung von Eltern gegenüber kinderlosen Erwerbstätigen kompensieren.

5) Unternehmen sollten familienfreundliche Arbeitsbedingungen wie flexible Arbeitszeiten gewährleisten und Frauen wie Männer bei der Einstellung und den Aufstiegschancen gleich behandeln. Angesichts einer bald schon schrumpfenden Erwerbsbevölkerung und einer verschärften Konkurrenz um junge, qualifizierte Mitarbeiter ist dies nicht nur vor familienpolitischem Hintergrund sinnvoll. Eine familienfreundliche Personalpolitik wird so zu einem entscheidenden Wettbewerbsvorteil.

Die dargestellten Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Indikatoren und der Fertilitätsrate eines Landes sind weder kausal zwingend noch stetig linear. Zweifellos haben auch historische Entwicklung, politische Rahmenbedingungen, kulturelle Erfahrungen, Traditionen in der Erwerbstätigkeit und Fragen der nationalen Mentalität einen Einfluss auf die Fertilitätsrate eines Landes. Dennoch lassen unseres Erachtens die ausgewählten Indikatoren als Merkmale der gesellschaftlichen Bedingungen in den verschiedenen Ländern eine eindeutige Interpretation familienfreundlicher Bedingungen zu.

Gesellschaftsstrukturen prägen auf lange Sicht nicht nur das Verhalten, sondern auch Normen und Werte einer Bevölkerung. In Deutschland hat die Kollision zwischen modernen Lebensansprüchen der Menschen und einer Politik, die im Kern an traditionellen Familienvorstellungen festhielt, dazu geführt, dass nicht nur die tatsächlichen, sondern auch die gewünschten Kinderzahlen je Frau heute zu den geringsten in Westeuropa gehören. Nur wenn Gesellschaft und alle Sparten der Politik gemeinsam eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben und bei der Kinderbetreuung gewährleisten können, ließen sich Kinderwünsche und beruflichen Ansprüche von Frauen und Männern vereinbaren. Aller Wahrscheinlichkeit nach gäbe es unter diesen Bedingungen auch in Deutschland wieder mehr Nachwuchs.

Anhang

Für die Analyse wurde auf die jeweils aktuellsten, für möglichst alle Länder verfügbaren Daten zurückgegriffen. Wurden Daten von vor 2006 verwendet, so waren neuere Daten nicht oder nur lückenhaft verfügbar. Die Berechnung der Korrelationskoeffizienten erfolgte jeweils mit der Gesamtfertilitätsrate jenes Jahres, für das auch der sozioökonomische Indikator verfügbar war.

Ausgewählte sozioökonomische Indikatoren und Gesamtfertilitätsraten in westeuropäischen Ländern

Spalte	a	b	c	d	e	f	g	h	i	j
	Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) (2004)	Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) (2005)	Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) (2006)	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftstandards (2006)	Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter von 25 bis 59 Jahren (2006)	Erwerbstätigenquote von Männern im Alter von 25 bis 59 Jahren (2006)	Differenz der Erwerbstätigenquote (Männer – Frauen, 25 bis 59 Jahre) in Prozentpunkten (2006)	Erwerbslosenquote Frauen 25 bis 59 Jahre (2006)	Erwerbslosenquote Männer 25 bis 59 Jahre (2006)	Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen – Männer), 25 bis 59 Jahre) in Prozentpunkten (2006)
Griechenland	1,3	1,33	1,39	23000	56,9	87,8	30,9	12,1	4,8	7,3
Spanien	1,33	1,35	1,38	24700	60,5	85,9	25,4	10,3	5,3	5,0
Italien	1,33	1,32	1,35	24300	55,6	83,3	27,7	7,5	4,4	3,1
Deutschland	1,36	1,34	1,32	26900	71,8	83,4	11,6	9,8	9,9	-0,1
Österreich	1,42	1,41	1,40	30000	72,6	87,0	14,4	4,7	3,6	1,0
Portugal	1,40	1,40	1,35	17500	71,9	84,9	13,0	8,7	6,1	2,6
Belgien	1,65	1,66	1,66	28200	65,9	81,9	16,0	8,0	6,3	1,7
Luxemburg	1,66	1,66	1,65	65700	66,0	88,7	22,7	5,6	2,6	3,0
Schweden	1,75	1,77	1,85	29300	80,9	86,9	6,0	5,2	5,1	0,1
Großbritannien	1,77	1,78	1,84	27700	73,0	86,2	13,2	3,7	4,0	-0,3
Niederlande	1,73	1,71	1,70	30700	72,8	88,8	16,0	4,3	3,4	0,9
Finnland	1,80	1,80	1,84	27500	77,9	82,0	4,1	6,8	5,9	0,9
Dänemark	1,78	1,80	1,83	29600	81,0	89,1	8,1	4,2	2,7	1,5
Norwegen	1,83	1,84	1,90	43800	79,6	87,0	7,4	2,6	2,9	-0,3
Frankreich	1,92	1,94	2,00	26100	71,4	83,7	12,3	8,3	6,6	1,7
Irland	1,94	1,86	1,93	34200	66,0	86,9	20,9	3,4	4,0	-0,6
Island	2,04	2,05	2,07	30600	83,5	93,0	9,5	1,9	1,5	0,4
Korrelation mit Gesamtfertilitätsrate				0,27	0,63	0,33	-0,55	-0,69	-0,43	-0,57

Fortsetzung: Ausgewählte sozioökonomische Indikatoren und Gesamtfertilitätsraten in westeuropäischen Ländern

Spalte	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t
	Anteil nicht ehelicher Geburten in Prozent (2006)	Anteil von unter Dreijährigen, die in Kindertagesstätten betreut werden in Prozent (2004)	Hochschulabsolventinnen je 1000 der weiblichen Bevölkerung zwischen 25 und 34 Jahre (2005**)	Frauen mit Abschlüssen im Natur- und Technikbereich je 1.000 Frauen von 20 bis 29 Jahre (2005)	Ehescheidungen/ Eheschließungen je 1.000 Einwohner (2005)	Sozialausgaben für Familien und Kinder in Kaufkraftstandards je Einwohner (2005)	Frauenerwerbsbeteiligung insgesamt 2005 (15 bis 64 Jahre)	Frauenerwerbsbeteiligung (15 bis 64 Jahre), Frauen mit einem Kind (2005)	Frauenerwerbsbeteiligung (15 bis 64 Jahre), Frauen mit zwei Kindern (2005)	Frauenerwerbsbeteiligung (15 bis 64 Jahre), Frauen mit drei Kindern (2005)
Griechenland	5,3	7,0	0,5	8,7	0,2	321,8	47,5	48,4	44,4	37,4
Spanien	28,4	20,7	0,9	7,2	0,4	260,9	54,0	51,1	44,7	38,5
Italien	k.A.	6,3	1,1	7,2	0,2	263,8	46,3	48,3	41,0	27,4
Deutschland	30,0	9,0	2,1	4,8	0,5	814,4	61,5	58,4	51,8	36,0
Österreich	37,2	6,6	1,8	4,6	0,5	857,9	63,5	67,7	60,1	46,5
Portugal	31,6	23,5	2,9	9,7	0,5	k.A.	62,0	63,5	59,2	46,1
Belgien	k.A.	33,6	0,9	6,0	0,7	567,2	53,6	58,3	58,5	39,4
Luxemburg	28,8	14,0	k.A.	k.A.	0,5	2142,1	53,7	56,0	49,8	33,8
Schweden	55,5	39,5	2,2	9,9	0,5	807,4	72,1	80,6	84,7	75,6
Großbritannien	43,7	25,8	1,7	11,4	0,5	441,5	66,8	67,1	62,4	42,3
Niederlande	37,1	29,5	1,0	3,5	0,3	380,1	66,0	70,1	70,6	59,9
Finnland	40,5	35,0	2,9	10,8	0,5	767,3	67,3	71,2	70,9	60,1
Dänemark	46,4	61,7	1,1	10,1	0,4	1068,1	73,2	k.A.	k.A.	k.A.
Norwegen	53,0	43,7	1,1	4,7	0,5	1132,2	72,3	k.A.	k.A.	k.A.
Frankreich	50,5	28,0	1,0	12,9	0,6	644,4	57,1	62,2	57,6	38,1
Irland	33,2	15,0	1,1	15,0	0,2	797,1	58,8	55,4	52,5	42,3
Island	65,6	58,7	0,4	7,6	0,4	894,4	81,6	k.A.	k.A.	k.A.
Korrelation mit Gesamtfertilitätsrate	0,76	0,69	-0,16	0,40	0,23	0,37				

Quelle: Datengrundlage: Eurostat, Nationales Statistkinstitut Italien TFR 2004+2006, Nationales Statistkamt Belgien TFR 2004-2006, Statistik Island TFR 2006, Spalten r,s,t: OECD (2007): Babies and Bosses. Reconciling Work and Family Life Vol. 5

Literatur

- Bagavos C./ Martin, C.(2000): Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen. Synthesebericht. Österreichisches Institut für Familienforschung, Materialsammlung, Heft 10.
- Becker, G.S. (1960): An Economic Analysis of Fertility. In: Demographic and Economic Change in Developed Countries. Universities-National Bureau Conference Series (11). Princeton.
- Beriè, H./ Fink, U. (2000): Europas Sozialmodell – Die europäischen Sozialsysteme im Vergleich. Eine volkswirtschaftliche Analyse. WISO-Institut für Wirtschaft und Soziales GmbH. Berlin.
- Birg, H. (1987): A Biography Approach to Theoretical Demography. IBS-Materialien, Bd. 23. Bielefeld.
- Birg, H./ Flöthmann E.-J./ Reiter I. (1991): Biografische Theorie der demografischen Reproduktion. Frankfurt M.
- Brossè-Verbiest, S./ Wagner, N. (2003): Familienpolitik in Frankreich. In: KAS Auslandsinformationen 7/03, S. 54-75.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2004): Bevölkerung. Fakten, Trends, Ursache, Erwartungen. Die wichtigsten Fragen. Wiesbaden.
- Bundesregierung (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2005): Männer leben. Eine Studie zu Lebensläufen und Familienplanung. Köln.
- Butterwegge, C. (2004): Sozialreform, demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit. In: Neue Sammlung 44 (3), S. 259-282.
- Coale, A.J./ Watkins, S. (Hg.) (1986): The Decline of Fertility in Europe. Princeton.
- Della Sala, V. (2002): "Modernization" and Welfare-State Restructuring in Italy: The Impact on Child Care. In: Michel, S./ Mahon, R (Hg.) (2002): Child Care Policy at the Crossroads. Gender and Welfare State Restructuring. New York, S. 171-187.
- Deutscher Bundestag (2002): Schlussbericht der Enquete-Kommission Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Bundestags-Drucksache 14/8800.
- Dingeldey, I. (2002): Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich. In: WSI-Mitteilungen 3/2002.
- Europäische Kommission (1996): Frauen und Männer in Europa: Wie steht es um die Chancengleichheit? Eurobarometer 44.3 – Ergebnisse einer Meinungsumfrage.
- Eurostat (2004): Eurostat Jahrbuch 2004. Luxembourg.
- Eurostat Online-Datenbank, Europäischer Datenservice, Online im Internet: www.eds-destatis.de (Stand der Daten: März 2005)
- Hank, C./ Kreyenfeld, M./ Spieß, K. (2003): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. MPIDR-Working Paper. Max-Planck-Institut für Demografische Forschung. Rostock.
- Kaufmann, F.-X. (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaates. Der deutsche Sozialstaat in internationalen Vergleich. Frankfurt am Main.
- Klammer, U./ Daly, M. (2003): Die Beteiligung von Frauen an europäischen Arbeitsmärkten. In: Gerhard, U./ Knijn, T./ Weckwert, A. (Hg.) (2003): Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich. München, S. 193-217.

- Knudsen, Knud / Wærness, Kari (2001): National Context, Individual Characteristics and Attitudes on Mothers' Employment: A Comparative Analysis of Great Britain, Sweden and Norway, in: *Acta Sociologica*, 44 (1), S. 67-79.
- Kröger, I./ van Olst, N./ Klingholz, R. (2004): Das Ende der Aufklärung. Der internationale Widerstand gegen das Recht auf Aufklärung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- Kröhnert, S./ van Olst, N./ Klingholz, R. (2004): Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- Lehmann, K. (2004): Politische Studien-Zeitgespräch. Die Herausforderung der Katholischen Soziallehre heute. In: *Politische Studien* (396), S. 9-14.
- Lutz, W./ Milewski, N. (2004): Als ideal angesehen Kinderzahl sinkt unter zwei. Wandel der Normen in Deutschland und Österreich. In: *Demografische Forschung aus erster Hand* (2). Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Rostock.
- Mackenroth, G. (1953): *Bevölkerungslehre*. Berlin.
- Mai, R. (2004): Altersselektivität und regionalpolitische Konsequenzen der Abwanderung aus Ostdeutschland. In: *Städte im Umbruch*. Online-Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau und Regenerierung. Online im Internet: www.schrumpfende-stadt.de
- Mayer, T. (1999): *Die demografische Krise. Eine integrative Theorie der Bevölkerungsentwicklung*. Frankfurt.
- OECD (2002): *Employment Outlook 2002*.
- Pinelli, A. (1995): Woman's Condition, Low Fertility, and Emerging Union Patterns in Europe. In: Oppenheim Mason, K./ Jensen A.-M. (Hg.): *Gender and Family Change in Industrialized Countries*. Oxford.
- Rubery, J/ Smith, M. / Turner, E. (1996) *Bulletin on Women and Employment in the EU*. Brüssel.
- Rürup, B./ Gruescu, S. (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Veil, M. (2004): Frankreich – Geburtenraten und Müttererwerbstätigkeit. In: *KAS-Auslandsinformationen* 1/04, S. 1-12.
- Wanrooij, B. (2001): Italy. In: Robert T. Francoeur (Hg.): *The International Encyclopedia of Sexuality*. New York, Online im Internet: <http://www2.hu-berlin.de/sexology/IES/index.html>.